

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38. 33. Jahrg.

17. Septbr. 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Rounger, Berlin N 24, Elsässerstr. 96-98, 111. Redaktionsschlaf: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Hapf, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Moskau an der Arbeit. Rundschau. Gesetze und Zustände im bolschewistischen Rußland. I. — **Allgemeines:** Eine Aufgabe der Tarifämter. — **Der Lithograph:** Es war einmal. — **Die photomechanischen Fächer:** Neue Verhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe. Ortsbericht Leipzig, Chemigraphen — **Der photographische Mitarbeiter:** Beginnender Preisabbau. — **Feuilleton:** Papiergeld-Blüten. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An alle Orts- und Gauvorstände
saxden wir unterm 15. September Rundschreiben Nr. 20, daß wichtige Mitteilungen über den Stand der Lohnverhandlungen in fast allen Berufen enthält. Besonders die Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe verdienen Beachtung. Ferner liegen der Sendung Statistikkarten, Abrechnungsformulare und andern Drucksachen bei, deren pünktliche Erledigung wir dringend erbiten.

Falls irgendwo diese Drucksachen nicht angekommen sein sollten, bitten wir, uns sofortige Mitteilung zu machen, damit wir sie noch einmal zusenden können.

Der Verbandsvorstand.

Moskau an der Arbeit.

Die freien Gewerkschaften sind trotz aller gegenwärtig in ihr tobenden Kämpfe um stärkeren Einsatz ihrer Kräfte im Klassenkampf Armeen des Sozialismus. Die ökonomischen Lehren von Karl Marx bilden die Grundlage nicht nur für die Gewerkschaftstheorie, sondern auch für den praktischen Tageskampf. Besonders die Marxsche Lehre von der Arbeitskraft und dem Arbeitslohn beherrscht Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung und, abgesehen von den Neulingen gewerkschaftlicher Betätigung, ist diese Lehre Gemeingut aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter geworden. Aufgebaut und orientiert nach den ökonomischen Lehren von Karl Marx, rüttelt der gewerkschaftliche Kampf naturgemäß an den Grundlagen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft und gibt der Arbeiterschaft die Kraft, sich nicht zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabdrücken zu lassen.

Schon aus diesen wenigen Sätzen ergibt sich, daß die Gewerkschaften nicht nur die Schrittmacher der Arbeiterpolitik, sondern die unbedingte Voraussetzung des endgültigen Sieges der Arbeiterklasse sind. In erster Linie dazu verpflichtet, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben, Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen durchzusetzen, bilden die Gewerkschaften die Sammelstellen für den ersten Widerstand aller Arbeitenden gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Der Widerstand aller Arbeitenden wird um so größer, je höher die Zahl der von den Gewerkschaften erfaßten Arbeitern steigt und schlägt um in den Angriff, sobald die durch Zusammenfassung gewonnene Macht den Erfolg verspricht.

Nur in der restlosen Erfassung aller arbeitenden Schichten durch die Gewerkschaften liegt ein Erfolg gegen das straff organisierte Unternehmertum begründet. In Erkenntnis

dieser lapidaren Tatsache verzichten die Gewerkschaften auf die Abgabe eines religiösen oder politischen Bekenntnisses ihrer Mitglieder und begnügen sich mit der Erklärung der Anerkennung aller aufgestellten Grundsätze und der freiwilligen Betätigung in diesem Sinne. Sie geben in ihren Reihen allen Raum, die mithelfen wollen, die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern und sind bestrebt, ihren Mitgliedern die Einsicht in die treibenden Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft zu erleichtern.

Die Möglichkeit der Gewerkschaften, alle Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Überzeugung zum Kampfe gegen die Ausbeuter der Arbeitskraft ins Feld zu führen, — und damit gegen die ganze kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft — ergibt sich nur unter intensivster Teilnahme aller dieser Kämpfer am gewerkschaftlichen Leben. Jeder einzelne der Kämpfer muß mit den Bedingungen des Kampfes vollständig vertraut sein, jeder einzelne ein lebendiges Glied bewußten Kampfeswillens sein. Bewußter Kampfeswillen und die Erkenntnis, als dienendes Glied im Interesse des ganzen zu handeln, entspringt aber nur dem Boden der Solidarität. Solidarität und Disziplin hinwieder sind lediglich Ausflüsse der Anerkennung der Persönlichkeit, die neben Gleichberechtigung unmittelbar Gleichverpflichtung setzt. Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung im Dienste der Allgemeinheit aber sind Erkennungszeichen der Demokratie.

Gleiche unter Gleichen; das ist die Signatur aller gewerkschaftlicher Tätigkeit. Daran ändert auch das jetzt so beliebte Geschrei über »Bonzen-tum« nicht das geringste. Ganz abgesehen davon, daß auch die unentwegtesten Kämpfer gegen »Bonzen-tum« und »Vormundschaft« in der gegebenen Lage um die vollständige Freisetzung von besonderen Kräften nicht herumkommen, liegt in den Gewerkschaften jede Entscheidung von weittragender Bedeutung in den Händen der Mitglieder oder deren Beauftragten. Bei allen Entscheidungen gilt das Mehrheitsprinzip und oberstes Gesetz ist, was die Mehrheit bestimmt. Die Führer sind nur die Berater und ausführenden Organe des Mehrheitswillens. Was zu geschehen hat und wie es zu geschehen hat, darüber entscheidet nur die Masse.

Diese Grundsätze gelten für die nationale, wie für die internationale Tätigkeit der Gewerkschaften. National wie international, be ruht die Herrschaft des Kapitals auf der Ausnützung menschlicher Arbeitskraft. Die Kampfbedingungen sind deshalb auch die gleichen und die Voraussetzungen des Erfolges beruhen auf gleicher Grundlage. Der internationale Kampf der Gewerkschaften muß aber noch mehr als der nationale die Tatsache erweisen, daß sich alle Kämpfe des Proletariats um ökonomische Emanzipation drehen. Die letzthin geführten Kämpfe gegen Horthy-Ungarn, so wie die Erklärung des Krieges gegen den Krieg sind erst die Anfänge internationaler Gewerkschaftsarbeit, die aber doch schon ihren Einfluß auf die Gestaltung der Zukunft ganz deutlich erkennen lassen.

Wie von allen guten Geistern verlassen wirkt deshalb das, in direktem Gegensatz zu

diesen grundsätzlichen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes stehende, gewerkschaftliche Manifest der dritten Internationale mit seinen Anweisungen für die Praxis der kommunistischen Opposition in den Gewerkschaften. Als Ziel der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften wird proklamiert die Herstellung der vollen »Einheit zwischen den Gewerkschaften und der kommunistischen Partei« mit dem Zweck, die Gewerkschaften der tatsächlichen Leitung durch die Partei, als Vortrupp der Arbeiterrevolution, unterzuordnen. Dazu sei nötig die Bildung von kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften, die sich »der Gewerkschaftsbewegung bemächtigen« sollen. Die »gelbe« Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sei zu bekämpfen durch die Herstellung einer internationalen Kampffront der Gewerkschaften, bestehend in dem der Moskauer politischen Internationale angegliederten und ihr unterstellten Internationalen Rat der Gewerkschaftsverbände.

Diese Bildung von Sonderorganisationen in den Gewerkschaften, die zusammengefaßt und geführt werden von nationalen Körperschaften und von einer internationalen Spitze, die mit Diktaturgewalt nach Moskauer Muster ausgestattet sind, sind Sprengkörper in den Gewerkschaftsverbänden. Sie sind die Vorbereitung der inneren Desorganisation, der Aushöhlung der gewerkschaftlichen Disziplin mit dem Ziel, sich der Verbände zu »bemächtigen«, wie das Manifest sich im putschistischen Sprachgebrauch ausdrückt. Die Sprengung der nationalen wie internationalen Verbindungen der Gewerkschaften von innen heraus muß die Folge solcher Organisation des Putsches gegen die bestehenden Körperschaften sein.

Daß in Wirklichkeit die Sprengung der nur noch in den Gewerkschaften vorhandenen Einheitsfront des Proletariats geplant ist, zeigt ganz unzweideutig eine Stelle im fünften Absatz der auf dem zweiten Kongreß der dritten Internationale angenommenen Leitsätze. Dort heißt es unter anderem:

»Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht von einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken, wenn der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sein würde mit dem Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften....«

Wie falsch, wie unmarxistisch, wie arbeiterfeindlich das Tun der Kommunisten gegenüber der Gewerkschaftsbewegung ist, braucht nicht erst lang und breit nachgewiesen zu werden. Da aber die Kommunisten — und nur die Kommunisten — wahre Marxjünger sind, lassen wir eine Antwort Marx an Haman folgen, die er auf die Frage gab: Müssen die Gewerkschaften vorwiegend von einem politischen Verein abhängig sein, wenn sie lebensfähig sein sollen?

Die Antwort war: »Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen; geschieht dies, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozia-

ismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da tagtäglich der Kampf vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, wie sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeit lang vorübergehend, die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind in stande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die größere Masse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage verbessert werden muß; mögen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun aber die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Geist mehr bilden, seinen Körper mehr pflegen, er wird dann Sozialist, ohne daß er es ahnt.

Noch etwas dem hinzuzufügen, hieße Wasser ins Meer tragen. Gewiß hat die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung manches Reislein mit herausgetrieben, daß mit energischem Schnitt beseitigt werden muß, aber der Stamm ist gesund. Vor allem gilt es, die Voraussetzungen für eine weitere Entwicklung zu schaffen, damit auch die Früchte den Erwartungen entsprechen können. Wer jedoch die Axt an die Wurzel legt, wer mit Bewußtsein den Baum der Gewerkschaftsbewegung, national wie international, zu spalten droht, der entpuppt sich als Feind der Gewerkschaftsbewegung und Förderer der Reaktion. Für die Beseitigung solcher Feinde im eigenen Lager gibt es nur die eine Möglichkeit: Ausräumen mit Stumpf und Stiel!

Rundschau.

Der erste Verbandstag der Graphischen Union. Das Mitteilungsblatt der »Graphischen Union« vom 8. August ladet die Ortsgruppen zum ersten Verbandstage der »Graphischen Union« ein, der am 31. Oktober beginnt und für zwei Tage nach Reichenberg einberufen ist. Auf der Tagesordnung dieses Verbandstages befinden sich sechs Punkte: 1. Entgegennahme des Berichtes der Verbandsleitung und des Überwachungsausschusses; 2. Feststellung der Beitragsleistung und die Aufnahmegebühr; 3. Festsetzung der Unterstützungen; 4. Wahlen in die Verbandsleitung, den Überwachungsausschuß und das Schiedsgericht; 5. Anträge des Vorstandes, des Überwachungsausschusses und der Ortsgruppen; 6. Freie Anträge.

Ein Appell an die alten Gewerkschafter So wie ihr, sind auch Eure Kinder verdammt, dem Kapitalismus zu Ironen, als Kopf- oder Handarbeiter sind sie berufen dem Kapital die Jugend zu opfern. Wenig bietet ihnen das Leben. Wo in dem Elternhause der freigewerkschaftliche Gedanke richtig bewertet, gehegt und gepflegt wurde, ist es selbstverständlich, daß der junge Kopfarbeiter sich organisiert im Zentralverband der Angestellten. Aber viel wurde gesündigt von Euch Alten, nicht immer pflanztet ihr den freigewerkschaftlichen Gedanken in das Herz Eurer Kinder, wo er als reife Frucht den Weg zur »richtigen« Organisation zeigt. Gerade wir Handlungsangestellte leiden unter den Sünden der Vergangenheit und unter der Gleichgültigkeit der Gegenwart.

Fast immer sind es Proletariatskinder, die unter den Augen der Väter und Mütter den Weg in die bürgerlichen Verbände gefunden haben und zu Feinden des freigewerkschaftlichen Gedankens werden. Unter den niedrigsten Vorwänden wird oftmals die Organisation gewechselt.

Es ist ein beschämendes Gefühl dies immer und immer feststellen zu müssen.

Helft uns, ihr alten Gewerkschafter!

Veranlaßt unter allen Umständen Eure Töchter und Söhne, soweit sie als Kopfarbeiter in F. age kommen, sich dem Zentralverband der Angestellten anzuschließen.

Wiederbelebung der Gewerkschaften Finnlands. Der jüngst in Helsingfors abgehaltene Kongreß der Gewerkschaften Finnlands bezeugt, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre alte Stärke wiedergewinnt. In seiner Eröffnungsrede ging der Präsident Matti Paasivirt auf die in den letzten Jahren zu übersteigenden Schwierigkeiten ein. Er erinnerte an den Bürgerkrieg im Winter 1918, wo 90000 Arbeiter durch den Terror der Bourgeoisie, unterstützt von der deutschen Militärbehörde, eingesperrt und 30000 dem Säbel oder dem Hunger zum Opfer gefallen sind. Für den Tod mehrerer Gewerkschaftsführer wird der kaiserlich deutsche Militarismus direkt verantwortlich gemacht. Der

deutsche Kürassierstiefel hatte jede Regung der Arbeiterschaft unterdrückt. Gleich nach Abzug des deutschen Militärs, wodurch die Bourgeoisie ihres Stützpunktes verlustig ging, wurde begonnen, die gewerkschaftlichen Reste zu sammeln, eine Mühe, der der Erfolg nicht versagt geblieben ist, wie die folgende Aufstellung erkennen läßt. Der Aufstieg der finnischen Gewerkschaften ist unverhältnismäßig langsam in den Jahren 1910 bis 1916, während er in 1917, dem Jahre der russischen Revolution, beispiellos prächtig war. Es wurden Gewerkschaftsmitglieder gemustert im Jahre 1910 15346, 1911 19640, 1912 20989, 1913 28021, 1914 30871, 1915 30150, 1916 41804, 1917 16695. Für das Jahr 1918 hat wegen den oben geschilderten Zuständen eine Statistik nicht geführt werden können. Wie sehr der weiße Terror in der Gewerkschaftsbewegung gewüthet hat, lassen die Mitgliederzahlen von 1919 ahnen. Im ersten Vierteljahr wurden nur noch 20740 Angehörige gezählt, die sich bis zum letzten Vierteljahr auf 20677 erhöhten. Somit war am letzten Jahresschluß die Stärke, die bei Ausbruch der Revolution vorhanden war, wieder erreicht gewesen. Heute pendelt die Mitgliederzahl um 50000.

Anwachsen der Erwerbslosigkeit in Sachsen. In welcher Weise die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen gewachsen ist, veranschaulichen folgende amtliche Ziffern: Am 1. Juni betrug die Zahl der Erwerbslosen (Hauptunterstützungsempfänger) 71355. Sie stieg am 15. Juni auf 75281, am 15. Juli auf 100745, am 1. August auf 112766, am 15. August auf 120247. Die Zahl der Zuschlagsempfänger betrug am 1. Juni 65787. Sie stieg am 15. Juni auf 70509, am 15. Juli auf 90567, am 1. August auf 98285 und am 15. August auf 101602.

Warnung vor der Auswanderung nach Sowjetrußland. Der Geschäftsführende Ausschuß der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland warnt davor, die Auswanderung nach dort auf eigene Faust zu wagen.

Vor diesem Schritt, der nur Unheil und großes Leiden den Auswanderern bringen kann, warnt der Geschäftsführende Ausschuß mit Recht, aber leider etwas spät. Denn die Verhältnisse haben sich so verschlimmert, daß der sowjetrussische Außenminister Tschitscherin dieser Tage in einem Funk-spruch die deutschen Arbeiter aufs dringendste davor warnte, auf eigene Gefahr die Reise nach Sowjetrußland anzutreten. Die Grenze werde für derartige Einwanderer »bedingungslos« gesperrt bleiben. Rußland ist eben noch nicht in der Lage, fremden Einwanderern Zuflucht zu gewähren. Es ist da alles noch zu aufgewühlt, als daß daran gedacht werden könnte, mitten in diesem kochenden Meer exterritoriale Inseln für einwandernde Massen zu schaffen. Verschleierte, aber dem Sinn nach dasselbe sagt auch der oben angeführte Aufruf des Ausschusses, wenn er darauf hinweist, daß »die ökonomische Lage Rußlands ihn dazu zwingt, ganz bestimmte Vorkehrungen zu treffen«. Ziemi-lich unvermittelt folgen dann weitere Entschuldigungs-worte: »Des weiteren kommen die schlechten Ver-kehrsverhältnisse und der knappe Schiffsraum in Frage.«

In bezug auf Zeitungsnachrichten über in der nächsten Zeit zu erwartende Massentransporte nach Sowjetrußland bemerkt der Aufruf: »Diese Nach-richten, die von irgend einem unverantwortlichen bürgerlichen Zeitungskorrespondenten der Öffent-lichkeit übergeben worden sind, können nicht scharf genug verurteilt werden.« Diese Verurteilung ist begründet, es ist aber dazu zu bemerken, daß, so-weit wir überblicken können, keine einzige Stelle in Deutschland soviel alarmierende Nachrichten über die Auswanderung nach Sowjetrußland in die Welt gesetzt hat wie gerade der Verein An-siedelung Ost, die genannte Interessengemeinschaft und die nur durch diese Propaganda in der Öffent-lichkeit bekannte »Räte-Zeitung«.

Die in Berlin erscheinende »Freiheit« brachte vorige Woche aus der Feder des unabhängigen Abgeordneten Dittmann eine Darstellung der Zu-stände, wie sie von den aus Deutschland ein-gewanderten Arbeitern in Rußland angetroffen wurden. Dittmann befand sich selbst an Ort und Stelle und gab sich die größte Mühe, damit den Deutschen die baldigste Rückreise und eine Verbesserung ihrer Lage ermöglicht werde. Die Dittmannschen Artikel über Rußlands wirtschaftliche Zustände werden viel dazu beitragen, der willkürlichen Aus-wanderung nach dort Einhalt zu tun.

Betriebsratsschule an der Universität Münster. Auf Beschuß einer Konferenz der Ge-werkschaftskomitee von Rheinland-Westfalen im Februar d. J. wurden vom Bezirkssekretariat des A. D. G. B. Verhandlungen aufgenommen mit dem staatswissenschaftlichen Institut der Universität Mün-ster zwecks Einrichtung einer Betriebsratsschule an der Universität. Diese Verhandlungen sind nun mehr mit einem ethnelichen Resultat zum Abschluß gekommen. Am 23. August beginnt am staats-wissenschaftlichen Institut in Münster ein drei-wöchiger Ferienkursus über Betriebslehre für Ge-werkschaftler, zu welchem 60 bis 70 Teilnehmer an-gemeldet sind. Das Ziel dieses Kurses soll sein, aus den Kreisen der Gewerkschaften heraus Per-sonen heranzubilden, die geeignet sind, die Be-triebsräte ihrer Industrie mit ihren Aufgaben in den Betrieben bekanntzumachen und sie für diese Aufgaben zu schulen. Sie sollen also als Lehrer

dienen. Dementsprechend soll die Ausbildung dieser Lehrer stark individuell und für jede Industrie be-sonders zugeschnitten erfolgen. Die Veranstalter sind sich darüber im klaren, daß ein solch weit-gestrecktes Ziel für wenig vorgebildete Ge-werkschaftler in so kurzer Zeit nicht zu erreichen ist. Trotzdem soll der Versuch unternommen werden und wird auch auf diesem neuen Gebiet die Praxis der beste Lehrmeister sein.

Das Programm sieht vor, in den ersten beiden Wochen eine 12stündige Vortragsreihe über »Soziale Betriebslehre« und zwei je 6stündige Vortrags-reihen über den »Betrieb in der Volkswirtschaft« und »Betrieb und Konjunktur«. Anschließend an diese Vorlesungen sind täglich drei Übungsstunden vorgesehen, in denen getrennt nach Industrien die Hörer einen möglichst hohen Grad für die beruf-liche Ausbildung erreichen sollen. In der dritten Woche wird unterrichtet je sechs Stunden über die »Bedeutung der Unternehmungsformen« und über »Buchhaltung und Bilanz«, woran sich ebenfalls drei Übungsstunden über Buchhaltung und Bilanz anschließen.

Da die Ausbildung möglichst stark nach In-dustrien sein soll, konnten für diesen ersten Kursus nur Berg, Metall-, Textil- und Transportarbeiter berücksichtigt werden. Als Lehrer sind gewonnen die Herren Prof. Plange, Münster, und Ingenieur Woldt, der als Dozent an der Universität Münster tätig ist, und für die letzte Woche Herr Prof. Ter-halle, Jenä. Prof. Plange und Ingenieur Woldt bringen ein besonders anschauliches, intensives und Erfolg versprechendes Lehrsystem zur Anwendung, so daß zu hoffen ist, daß die Teilnehmer dauernden Nutzen im Interesse der Arbeiterschaft von dieser Einrichtung haben werden. Letzten Endes werden dadurch die Sozialisierungsbestrebungen am besten auf das Gebiet der Praxis übergeleitet und so die deutsche Volkswirtschaft durch schaffende Kräfte aus der Arbeiterschaft bereichert.

Was sich heute alles Gewerkschaft nennt! Um ihr Schädchen nicht zu verlieren und die Mode mitzumachen, gebären sich in und nach den No-venbertagen 1918 alle blauen und schwarzblauen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine recht radikal. Um diesen »Radikalismus« auch äußerlich zu markieren, strichen sie das Wort Verein aus ihren Firmenschildern und setzten dafür Gewerkschaft. Zudem vollzog sich eine Konzentration dieser Pseudogewerkschaften, wie wir sie im »Deut-schen Gewerkschaftsbund« christlich-antisemitischer Couleur und im »Gewerkschaftsring deutscher Ar-beiter- und Angestelltenverbände«, deren radikalste Richtung die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine sind, haben. Kein Wunder, daß die neuerwachten Gelben da auch nicht zurückbleiben wollen.

Das Blatt der Schwerindustriellen »Die Post« brachte am 15. April einen Bericht, wonach am Tage vorher in Charlottenburg der »Deutsche Ar-beiterbund (Freideutscher Arbeiterverband)«, der »Deutsche Vorarbeiterbund« und der »Bund nation-aler technischer Angestellten« unter starker Be-teiligung zu einer »Gewerkschaftsversammlung« zu-sammengekommen seien. Auf dieser »Gewerk-schafts«versammlung schlossen sich die Gelblinge zu einem »Nationalverband deutscher Gewerk-schaften« zusammen. Etwas neues kam bei diesem Verhandlungen nicht heraus. Die Reden enthielten die alten Phrasen, die wir von den Gelben seit den Tagen, da Herr Lebus noch ihr geistiger In-spirator war, gewöhnt sind. Die Arbeitsgemein-schaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber-verbänden schließt bekanntlich die Gelben von der Mitwirkung aus. Man darf daher neugierig sein, wie sich die Unternehmer in der Arbeitsgemein-schaft nun zu ihren Schützlingen stellen, nachdem sich diese ganz zu Unrecht jetzt auch Gewerk-schaften nennen.

Die Volksfürsorge marschiert. In den Krei-sen privatkapitalistischer Versicherungsinteressen-ten gab es bei der Gründung der Volksfürsorge eine Strömung, die der gewerkschaftlich-genossenschaft-lichen Volksversicherung nur ein sehr kurzes Leben prophezeite. Sie ist ebenso arg getäuscht worden wie jene, die durch Konkurrenzgründungen à la Kapp usw. dem neuen Arbeiterunternehmen als einer »sozialdemokratischen Parteigründung« das Lebenslicht frühzeitig ausblasen wollten. Daß die Gründung der Volksfürsorge notwendigen Bedürf-nissen entsprach, beweisen die Erfolge, die noch weit größer werden, wenn unsere Freunde all-orts sich um den besseren Ausbau der Organisation und die Gewinnung von Hilfskräften bemühen. Bei der Versicherungsmöglichkeit bis 5000 Mark läßt sich in den weitesten Kreisen mit Erfolg werben. Angesichts der jetzigen Lebenslage muß eine mög-lichst hohe Versicherungssumme das Ziel sein. Darauf steuert die Entwicklung auch zu, wie unsere Zahlen beweisen.

Das Ergebnis muß alle Gewerkschafter und Ge-nossenschaftler, die mit daran gearbeitet haben, mit Stolz erfüllen, und die in Versicherungsfragen noch gleichgültig beiseite Stehenden sollte es anspornen, aus ihrer Passivität herauszutreten und mit Hand aus Werk zu legen. In der Frage der Fürsorge für eintretende Fälle der Not, die durch Todesfälle kaum einer Arbeiterfamilie erspart werden, sind sich die denkenden und fühlenden Arbeiter aller Richtungen klar. Nur Unkenntnis steht noch ab-seits. Diese gilt es, weil sie riesengroß ist, mit

allen Mitteln der Aufklärung zu überwinden. Die Millionen neuer Gewerkschafts- und Genossen schaftsmglieder und sozialistischer Wähler sind zu informieren und zu gewinnen für die Volksfürsorge.

Gewinnbringende Geschäfte. Mit welcher Skrubellosigkeit der Ausverkauf Deutschlands von jenen Kreisen besorgt wird die den richtigen Patriotismus in Erbpacht genommen haben und nur allein Deutschland vor dem Untergang retten können, zeigt nachstehender Brief:

Sehr geehrter Herr Direktor!

Ich hatte Ihnen kürzlich Bescheid gesagt, daß ich mich durch einen Bekannten mit A. in Verbindung gesetzt habe über den evtl. Kauf der N...schen Brauerei, weil ich mir sage, daß das Ausschachten des Unternehmens für Sie und mich ein gewinnbringendes Geschäft ist. Ich erhalte nun von meinem Bekannten die beifolgende Auskunft. Danach würde also die Angelegenheit voll ins Rollen gebracht werden können, wenn man ernstlich an das Objekt herangeht. Nur müßte man wissen, was man A. dafür bietet. Sicherlich haben Sie ja nun einen genauen Überblick, wie Ihre Objekte zu Buche stehen und ich möchte Sie deshalb fragen, ob Sie mir weitere Unterlagen geben können, was für die ganze Geschichte in Pausch und Bogen geboten werden kann. Mir schwebt dabei vor, daß man die ganze Brauereieinrichtung mit allen Maschinen, Pfannen, Kesseln usw. an das Ausland verkaufen könnte. Ich höre gern von Ihnen, was Sie zu der Sache meinen und bin auch gern bereit zu einer Besprechung. Die finanzielle Frage des Unternehmens dürfte nicht schwierig werden, weil wir eine Bank für solche Zwecke immer interessieren können, evtl. auch eine Firma, welche sich mit solchen Abbrucharbeiten befaßt.

Das ist ein typisches Beispiel, wie es gemacht wurde und gemacht wird. Nicht danach wird gefragt, ob der Betrieb wirtschaftlich ist, ob eine Notlage vorhanden ist, sondern, ob er ein gutes Ausschachtungsobjekt ist, bei dem ein gewinnbringendes Geschäft herausspringt. Und dazu wird der Herr Direktor animiert, dadurch, daß er am Gewinn beteiligt werden soll und der Gewinn ist kein geringer, wenn man die ganze Brauereieinrichtung an das Ausland verschiebt. Banken finden sich für solche Zwecke immer, oder Abbruchsfirmen, die die Sache im großen betreiben, von deren uns ja auch einige bekannt sind. Nicht volkswirtschaftliche Erwägungen sind die Triebfeder, nicht das Allgemeininteresse, nicht die Notwendigkeit, sondern Profit, Profit, großer Profit!

Deutsche Turnerschaft und Arbeiterturnerschaft. Die Deutsche Turnerschaft gibt ihren Mitgliederbestand auf 1254298 an. Daß diese große Zahl nicht allzuviel Bedeutung hat, ergibt sich aus folgendem: Im Alter von 14 bis 20 Jahren befinden sich 173343 Mitglieder. Turnende Kinder 163188. Der Rest von nicht weniger als 917767 befindet sich im Alter von über 20 Jahren und besteht zum größten Teil aus sogenannten passiven Mitgliedern.

Demgegenüber weist der Arbeiter-Turn- und Sportbund einen Mitgliederbestand von 432004 auf, zu dem noch weit über 100000 turnende Kinder hinzuzurechnen sind. Die Zahl der im Alter bis 20 Jahren stehenden Mitglieder ohne Einrechnung der Kinder wird auf mindestens 200000 zu beziffern sein. Aus der Gegenüberstellung ergibt sich, daß die Arbeiter-Sportbewegung auf dem besten Wege ist, den bürgerlichen Sport zu überholen. Es ist Aufgabe der sporttreibenden Arbeiterschaft, diese Entwicklung nach Kräften zu unterstützen, indem sie den Arbeiter-Sportvereinen beisteht.

Lebensmittelpreise in Frankreich. Nach einem Beschluß der Seine-Präfekten wird der Preis für das Kilogramm Brot auf 1 Frank festgesetzt. Dieser Einheitspreis hat den Zweck, den Wettbewerb zwischen den einzelnen Bäckern, die bis her Brot für 0,95—1,05 Franks verkauften, zu beseitigen. Auch diese Preisfestsetzung dürfte nur so lange Bestand haben, bis das neue Getreidengesetz vom Senat angenommen ist. Der Brotpreis wird dann voraussichtlich 1,25—130 Franks je kg betragen. Eier kosten zurzeit je nach Größe und Herkunft im Großhandel 52—63 Cts je Stück. Obst ist reichlich vorhanden, namentlich Pfirsiche, Pflaumen und Trauben. Kartoffeln zeigen wechsellagige Preistendenz, so sind Bretagnepotatoes für 40—50 Fr., solche aus der Pariser Gegend für 40—bis 65 Franks je 100 kg zu haben. Erbsen aus den nordöstlichen Departements kosten 30—60 Franks, andere 70—120 Franks, Bohnen 80—130 Franks, Karotten 45—75 Franks je 100 kg.

Gesetze und Zustände im bolschewistischen Rußland.

Die Umwälzungen, die die Bolschewisten im letzten Jahre des politischen und wirtschaftlichen Lebens zeitigten, sind in ihrer Gesamtheit die gewaltigste und tiefste Wirkung, die noch nicht zu beobachten ist. Niemand kann ermessend, werden können, daß die gewaltige Erschütterung auf die zukünftige Entwicklung der Menschheit weiter ausüben wird. Einzigartig aus kapitalistisch-imperialistischen Bedingungen herbeigeführt, hat der Krieg Kräfte ausgelöst und

damit Entwicklungsmöglichkeiten erschlossen, die ganz gewiß nicht im Sinne der Urheber dieses entsetzlichen Völkerrings lagen. Und wie der Kulturweg der Menschheit trotz allen zeitweiligen Rückschlägen durch Kampf und Katastrophen und über Widerwärtigkeiten und Hemmungen hinweg doch unaufhaltsam aufwärts geht, so hat auch dieser Krieg die geistigen und moralischen Kräfte mächtig aufgerüttelt und im Rückblick auf das Erlebnis dieser vierjährigen geistigen und körperlichen Tortur lebt in Millionen von Menschen der Gedanke, daß die Menschheit eine solche Drangsal nicht ein zweites Mal erleben darf, daß alle Kräfte und Fähigkeiten angespornt und vereinigt werden müssen, um die Zukunft erträglicher, besser, menschenwürdiger zu gestalten, als die Vergangenheit war.

Am mächtigsten tritt diese Reaktion in den Ländern in die Erscheinung, die nach diesem Krieg als die Besiegten am Boden liegen. Aber die gewaltige Erschütterung, die vier Jahre lang über Zentraleuropa hinweg ging, setzt ihre Wellen über den ganzen Erdball fort und der Prozeß der Revolutionierung, der von dem Kampfgebiet ausging, ist in seinen letzten Ausläufern noch lange nicht zu Ende gekommen und daher sind die Wirkungen auf die Zukunft auch noch nicht zu übersehen.

Am deutlichsten treten die Wirkungen des Krieges jetzt schon in den geographischen Besitzveränderungen auf der veränderten Landkarte in die Erscheinung. Hier haben wir es mit einer Tatsache zu tun, die der Logik und dem beabsichtigten Zweck dieses Krieges entspricht und die wir einstweilen als unabänderlich hinnehmen müssen. Nicht so übersichtlich sind aber gegenwärtig schon die inneren Wirkungen, die der Krieg auf die staatliche Struktur, auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und auf die Anschauungen der Menschen ausübt. Kein Zweifel kann, aber darüber bestehen, daß sich hier Umwandlungen vollziehen, die jetzt erst in ihrem Anfangsstadium begriffen sind und daß dieser Krieg der Ausgangspunkt einer neuen innerpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung ist. Nur wird sich die Umwandlung mit allen ihrer Konsequenzen allerdings nicht so schnell vollziehen, wie es viele sich denken. Das lebende Geschlecht hat den Kampf geführt, die Erfolge werden erst zukünftige Generationen ganz übersehen und für sich verwenden können.

Das Land, in dem die Erschütterung die tiefgreifendsten Folgen zeitigte, die einer besseren Zukunft entgegen strebenden Kräfte sich am mächtigsten auslösten, der Umsturz sich am nachhaltigsten vollzog, ist Rußland. Sichtbarer und vorgeschrittener als in allen anderen Ländern, tritt hier die völlige Umwandlung, der Aufbau einer neuen Staats- und Gesellschaftsordnung in die Erscheinung. Und am heftigsten hat hier der Kampf um die Neugestaltung tobend. Es lag nicht nur in der Absicht der führenden Bolschewisten, sondern ganz naturgemäß mußte sich während der Zeit der schwersten inneren Kämpfe ein Zustand der Isolierung einstellen. Die russische Revolution hatte sich gegen äußere und innere Feinde zu verteidigen und so waren die Nachrichten, die von der Kameraden, recht dürftig und außerdem entstellt und verlogen.

Was ging in Rußland vor?

Diese Frage beschäftigt Millionen von Menschen, aber eine sichere Auskunft war nicht zu erlangen. Dieser geheimnisvolle, weltabgeschiedene Zustand gab die Veranlassung, daß Schauergeschichten durch die Welt liefen, die, obgleich sie alle Merkmale der Unwahrscheinlichkeit und tendenziösen Entstellung in sich trugen, doch geglaubt worden sind. Gewiß ist dieser gewaltige innere Kampf, den je ein Volk durchführte, nicht ohne Opfer verlaufen und es ist unvermeidlich, daß sich hierbei dramatische Einzelheiten abspielten. Aber was die Furcht der kapitalistischen Anschauungsweise lebenden Gesellschaftsschichten erhoffte und an die Wand malte, ist nicht eingetroffen. Die von hier ausgehenden Schilderungen über russische Zustände haben sich als Entstellungen herausgestellt und die Prophezeiungen über den Zusammenbruch der russischen Revolution und den Sturz der bolschewistischen Regierung werden durch die Tatsachen widerlegt. Die bolschewistische Idee hat alle Hemmungen und Angriffe überwunden und es sieht nicht danach aus, ob eine revolutionäre Gegenbewegung dort die Hand schon gewinnend könnte.

Unablässig werden nun auch mehrere Einzelheiten über die Verhältnisse in Rußland bekannt und dabei steht sich heraus, daß man sich vergeblich bemüht hat, unterirdischen Spannungen, welche zum Ausbruch und in Bezug auf die Umwälzungen der dortigen Zustände übertriebene Vorstellungen genährt hat.

Das Osecepa-Institut in Breslau hat vor Kurzem die Übersetzung der Bolschewisten in russischer Übersetzung herausgegeben. Diese Übersetzung, Leipzig und Berlin. Hierin spricht sich auf authentischer Grundlage wieder, in welchem Grade sich die sozialistische Idee in Rußland durchgesetzt hat.

Eine der ersten Maßnahmen war die gesetzliche Einführung des Achtstundentages. Die Nachtarbeit

der Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren ist verboten, Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur 6 Stunden arbeiten. Für alle Entscheidungen auf dem Gebiete des Arbeitswesens sind die Gewerkschaften maßgebend, und einer Gewerkschaft muß jeder Werk tätige, Mann und Frau, angehören. Es gibt im bolschewistischen Rußland keine Grundbesitzer mehr. Die Kron- und Kirchengüter, sowie der Boden des privaten Gutsbesitzers wurden ohne Entschädigung aufgehoben und dem Agrarkomitee unterstellt, ausgenommen sind die Güter der Bauern und der Kosaken. Der konfisziierte Boden ist Staatseigentum und wird periodisch unter die Landbevölkerung verteilt. Es sind für die Berechnung der Normalbodenfläche für die einzelne Arbeitskraft eingehende Bestimmungen getroffen. Bedingung ist, daß das übertragene Land auch ordnungsmäßig bebaut wird. Geschieht es nicht, so sieht das Gesetz Geldstrafen für die Säumigen vor. Die den Eigenbedarf übersteigende Produktion dient zur Versorgung der Städte und ist an die Agrarkomitees abzuliefern. Der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen, Sämereien und Getreide ist Staatsmonopol. Die Beschlagnahme des städtischen Grundbesitzes ist in Vorbereitung und sind alle Käufe, Verkäufe und Verpfändungen von städtischen Grundstücken verboten.

Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Träger des russischen Wirtschaftslebens. Von den Gewerkschaften sind Tarife ausgearbeitet. Es besteht Arbeitspflicht für Mann und Frau. Der Grundlohn für den mittleren Arbeiter beträgt nach den Schilderungen eines Deutschen, der Sowjet-Rußland aus eigener Beobachtung an Ort und Stelle in jüngster Zeit kennen lernte, 20 Rubel pro Stunde. Damit wäre ein Vermögen zu erwerben, wenn das nach bolschewistischen Gesetzen möglich wäre. Denn jedes Einkommen über 10000 Rubel wird vom Staate beschlagnahmt. Zu den Grundlöhnen treten, nach derselben Schilderung, Zuschläge nach folgenden drei Grundsätzen: 1. für Pünktlichkeit, 2. für Innehaltung der Arbeitszeit und 3. das Akkord und Prämiensystem. Hierzu gibt der Gewährsmann die folgende Erklärung:

»Der Russe ist von Natur sehr bequem. Die Arbeitszeit beginnt in Rußland gewöhnlich erst um 10 Uhr vormittags, und dauert nie länger wie bis 5 Uhr. Trotz dieses späten Arbeitsbeginns kommt der russische Arbeiter meistens aber erst gegen 11 Uhr zur Arbeit und geht schon gegen 4 Uhr wieder fort. Um nun den russischen Arbeiter an Pünktlichkeit und Ausdauer zu gewöhnen, sind die Zuschläge für Pünktlichkeit und Innehaltung der Arbeitszeit eingeführt. Die Arbeitszeit ist die gleiche für alle, sowohl Fabrikdirektor wie Auskehrer. Das Akkordsystem kommt nur unter folgenden Gesichtspunkten zur Durchführung: Das Fabrikkomitee und die Gewerkschaft beschließen mit dem Fabrikarbeiterrat zusammen, wann Überstunden geleistet werden sollen. Das ist nur in den Fällen gestattet, wo es sich darum handelt, eine für die Landesverteidigung oder für das Wirtschaftsleben dringend nötige Arbeit zu leisten oder eine Arbeit soweit fertigzustellen, daß darauf am nächsten Tage von anderen Arbeitern gleich weiter gearbeitet werden kann. Trotz den Überstunden darf aber kein Arbeiter die im »Sowjetkodex« festgelegte Wochenarbeitszeit von 42 Stunden überschreiten.«

In Sowjet-Rußland werden die alten kirchlichen Sonn- und Festtage auch heute noch wie früher gefeiert. Die religiöse Anschauung ist Privatangelegenheit und nach den Sowjetgesetzen wird derjenige schwer bestraft, der seine Mitmenschen wegen ihrer religiösen Überzeugung belästigt.

Es sind weitgehende Bestimmungen für den gesundheitlichen Schutz der Arbeiter erlassen. Die zuständige Instanz ist die Arbeitsinspektion, die ihre Maßnahmen und ihre Aufsicht auf alle gesundheitlichen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung erstreckt. Die aufsichtführende Zentralinstanz ist das Arbeitskommissariat, von dem die Direktiven für Arbeiterschutz, Versicherung, Arbeitsvermittlung usw. ausgehen. Die unteren Organe werden von den Berufsorganisationen und Kassen gewählt. Für die Arbeitsvermittlung und Kontrolle der Arbeitslosen sorgen die Arbeitsbörsen, die in allen Orten über 20000 Einwohnern und in kleineren Orten auf Antrag der Berufsverbände errichtet werden. Die Arbeitsbörsen sind den Selbstverwaltungen der Sowjetkommunen angegliedert und es werden Ausschüsse eingerichtet, die sich aus den Vertretern der Gewerkschaften, der örtlichen Arbeiterräte und Selbstverwaltungskörper zusammensetzen. Die private Arbeitsvermittlung ist verboten.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Parteien des Bundes.

Eine Aufgabe für die Tarifämter.

Mehr noch als die gegenwärtige Wirtschaftskrise muß allen ihren Begleiterscheinungen, werden die Auswirkungen des spärlichen Abkommens das ganze deutsche Wirtschaftsleben beeinflussen. Mit der Festlegung Deutschlands auf Lieferung einer Kohlenmenge, von der alle Sachverständigen behaupten,

daß diese Menge von Deutschland nicht geliefert werden kann, muß Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin verfallen. Obwohl der Reichsregierung die wirtschaftliche Bedeutung des Spaer Abkommens vollständig klar ist, bemüht sie sich, dem Abkommen nach besten Kräften nachzukommen. Die Behandlung der »Kohlenfrage« im Reichswirtschaftsrat und das ernsthaftige Bestreben, eine Lösung in der Kohlenfrage zu finden, beweist die Redlichkeit, eingegangene Verpflichtungen erfüllen zu wollen.

Der Wille zur Erfüllung des Spaer Kohlenabkommens mußte naturgemäß zu einer, den Gesetzen der Notwendigkeit entsprechenden Verteilung des heimischen Verbrauches führen. Wenn auch bei einer Verteilung des heimischen Kohlenverbrauches verhindert werden konnte, daß unsere Betriebe mit unter die nichtlebensnotwendigen Betriebe fallen, so dürfte doch der kommende Winter zur Genüge beweisen, daß die graphische Industrie als nicht lebensnotwendig betrachtet wird. Zu den, angeblich aus der Wirtschaftskrise herauswachsenden Betriebsbeschränkungen werden solche, geboren aus der Kohlennot, hinzukommen und die Not, die unsere Kollegenschaft schon gerade zur Genüge drückt, wird noch unendlich vermehrt.

Es ist deshalb ganz selbstverständlich, daß die Kollegenschaft ob solcher Aussichten, noch getrieben durch einige Erscheinungen der Gegenwart, die Frage prüfen, in welcher Weise die zu erwartende Winternot zu überwinden ist. Die weit auseinandergehenden Ansichten über den einzuschlagenden Weg haben dementsprechend auch weit auseinandergehende Vorschläge gezeitigt, die alle bekannt zu geben, zu weit führen würde. Es dürfte genügen zu sagen, daß sich die Forderungen zwischen Gewährung eines noch zu bestimmenden, für das ganze Reich gültigen Zuschlages bei Kurzarbeit und der ganzen Zahlung des entstehenden Lohnausfalles bewegen. Letztere Forderung vertritt die Kollegenschaft Brandenburgs mit folgendem eingereichten Antrag: »Für einsetzende Zwangsfeiertage infolge Betriebsbeschränkungen ist an die Gehilfen von den Unternehmern dieselbe Entschädigung zu zahlen, wie für gesetzliche Feiertage.« Für diesen Antrag gegebene Begründung weist auf den für die Arbeiterschaft entstehenden Schaden durch Betriebsbeschränkungen hin und betont, daß nach § 74 des B. R. G. und der Verordnung vom 12. Februar 1920 dem Unternehmer gestattet ist Betriebsbeschränkungen vorzunehmen und Lohn oder Gehalt der mit verkürzter Arbeitszeit Beschäftigten entsprechend der verkürzten Arbeitszeit zu kürzen. Dagegen besagen die § 8 und 62 des B. G. B., daß Tarifverträge von diesem Gesetz nicht berührt werden mithin durch tarifliche Vereinbarungen über das Gesetz hinaus gegangen werden kann.

Rechtlich ist die Frage, ob bei Betriebsstilllegung — dementsprechend auch bei Verkürzung der Arbeitszeit — wegen Strom-, Kohlenmangel oder aus ähnlichen Gründen der Unternehmer dem Arbeiter den Lohn zu zahlen hat, immer noch nicht in einheitlichem Sinne entschieden. Während das Landgericht Berlin sowie das Tarifschiedsgericht Berlin die Verpflichtung zur Lohnzahlung ausgesprochen hat, haben die Landgerichte Bremen und Eberfeld die Lohnzahlungsklage der Arbeiter abgewiesen. Entgegen dem Senatspräsidenten Dr. Koffka, Berlin, der die Zahlungspflicht der Unternehmer für richtig hält, weil das Bürgerliche Gesetzbuch auf arbeiterfreundlichem Standpunkt stehe und bestrebt sei, dem Minderkräftigen Schutz zu verleihen gegenüber dem wirtschaftlich Stärkeren, vertritt Justizrat Brandt die Ansicht, daß dem Unternehmer zu dem schon aus Stilllegung erwachsenen Verlust nicht noch die Lohnzahlung aufgebürdet werden kann und daß die Tatsache, daß der Minderkräftige Schutz verdient, noch keineswegs zu der Annahme berechtige, daß der wirtschaftlich Stärkere darunter leiden müsse.

Der einzige Weg, schnell und auch im Interesse des ganzen graphischen Gewerbes eine Regelung der sicher noch außerordentlich brennend werdenden Frage zu finden, führt nur über die Tarifämter. Ob die von der Gehilfenschaft gemachten Vorschläge zum Ziele führen, oder ob die produktive Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen ist, sei im Augenblick nicht untersucht. Tatsache ist, daß auf die Dauer die Gehilfenschaft den durch Kurzarbeit oder teilweisen Schluß der Betriebe entstehenden Lohnverlust nicht tragen kann. Auch der Entschluß eines Schlichtungsausschusses, daß unter den heutigen Verhältnissen es dem Arbeiter nicht zugehört werden kann, mit drei bis vier Tagen Lohn auf die Dauer auszukommen, den nach die Entlassung aller jüngeren unverheirateten Arbeiter vorgenommen werden müsse, trifft nicht den Kern der Frage. Ganz abgesehen von der Verwundung, die eine solche Lösung der Frage in Arbeiterkreisen hervorgerufen muß, bedeutet diese Lösung eine direkte Gefahr für das Gewerbe.

Da die Unternehmer schon aus prinzipiellen Gründen, die Übernahme der gesamten Lasten ablehnen werden, empfehlen wir die Zahlung einer Zuluße zum Lohn bei Kurzarbeit, im weitesten Sinne gemeint, deren Höhe einheitlich für das Reich festzusetzen ist. Wir empfehlen diesen Weg einzuschlagen trotz der Einwände, die von den Unternehmern im Chemigraphiegewerbe erhoben werden. Wir verkennen nicht die daraus ent-

stehende Belastung, sind aber der Meinung, daß es eine Notwendigkeit des Gewerbes ist. Mag auch ein Teil des Gewerbes gegenwärtig darniederliegen, die Zeit ist nicht allzufern, wo wirklich tüchtige Gehilfen gebraucht werden, um den gestellten Anforderungen genügen zu können. Wer ernstlich bestrebt ist, das Gewerbe wieder aufzubauen, darf nicht davor zurückschrecken, noch besondere Lasten zu tragen. Die Lasten des Wiederaufbaues nur der Gehilfenschaft aufzubürden, ist weder sozial noch weitsichtig und muß zur Folge haben, daß sich die Gehilfenschaft bei gegebener Gelegenheit schadlos zu halten sucht. Dem Gewerbe aber ruhige Entwicklung zu sichern, ist Aufgabe der Tarifämter und alles, was dazu beitragen kann, dieses Ziel zu erreichen, muß ungesäumt in Angriff genommen werden, unbeschadet all der Ergebnisse, die die ganze Produktion in ein anderes System bringen wollen.

Der Lithograph.

Es war einmal.

Fast alle Märchen beginnen so! Und wie sie auch enden mögen — es war einmal. Auch die Lithographie war einmal — ein Beruf, der seinen Mann trug. Doch es war einmal! Oder vielleicht nicht? Wagt wirklich jemand das Gegenteil zu behaupten? Hat wirklich jemand die Sürn dazu? Dann auf, ihr Opfer des Berufes, ihr Opfer einer verfehlten Werbefpolitik! Sagt ihnen, daß es Zeit ist, höchste Zeit ist, endlich zu beginnen, die Wahrheit einzugestehen: Es war einmal.

Die Lithographie, die noch vor mehr als zwanzig Jahren sich eines Aufstieges erfreuen konnte hat in ihrer abwärts führenden Linie heute einen Tiefstand erreicht, der jeden aufmerksamen und ehrlichen Beobachter zwingt, die Lithographie als einen sterbenden Beruf zu bezeichnen. Bis auf geringe Reste wird sie total verfallen. Wird doch schon jetzt in Unternehmerkreisen eingestanden, daß die Lithographie außerordentlich schwer darniederliegt, daß den Lithographen die ganze Erde last zu tragen vorbehalten geblieben ist. Ein Eingeständnis von großer Bedeutung, weil es von einer Seite kommt, die eine industrielle Reservearmee als Regulator für Angebot und Nachfrage für notwendig hält.

Den äußerlichen Anstoß zum Niedergang der Lithographie gab die deutsche Zoll und Handelspolitik und die ihr 1909 folgende Reichsfinanzreform. Was beide begannen, setzte der Krieg mit seiner horrenden Verwüstung der Wirtschaft gütlich und verstärkt fort. Die dem Krieg rotwendigerweise folgende Geldentwertung mit ihrer wahn-sinnigen Steigerung aller Warenpreise und ihrem Zwang, wenigstens den Versuch einer Lohnangleichung zu machen, geben der Lithographie den Rest. Die dem einzelnen, fertigen Produkt gegenüber immerhin relativ hohe Kapitalinvestierung in der Lithographie führt immer mehr dazu, nur alte Lithographien in die Maschine zu geben; vom vorhandenen zu zehren. Wo der Neuanfertigung lithographischer Arbeiten nicht aus dem Wege gegangen werden kann, begnügt sich der gegenwärtige Geschmack mit einfacher Linienführung und weniger, flüchtig gelegter Farben.

Was wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen an Lithographiezersörung noch übrig gelassen hatten, besorgte die Entwicklung der Technik. Die immer stärker werdende Ausbreitung der Photomechanik engte das Tätigkeitsgebiet der Lithographie immer mehr ein. Chemigraphie, Lichtdruck und Kupferdruck haben fleißig an der Zerstörung der Lithographie mitgeholfen. Das Eindringen der Photographie und ihre Beschlagnahme des Lithographisches entriß der manuellen Tätigkeit des Lithographen weitere Gebiete und hält fleißig mit, das Betätigungsfeld der manuellen Lithographie noch mehr einzuengen.

So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Zahl der beschäftigten Lithographen immer mehr sank. In den Hauptzentren Berlin und Leipzig war dieses Sinken direkt katastrophal. In den Jahren 1906 bis 1913 fiel die Zahl der beschäftigten Lithographen in Berlin um 438 und in Leipzig im gleichen Zeitraum um 261. 44% Prozent in Berlin und 34% Prozent aller Lithographen in Leipzig konnten im Gewerbe keine Beschäftigung finden und mußten im Heer der ungelerten Arbeiter untertauchen oder auswandern. Welche Unsumme von Hoffnungen, gewolltem Streben und verbrachter Zeit liegt in diesen Zahlen; zerknickt, zertreten, nutzlos.

Noch schlimmer als vor dem Kriege ist die Lage der Lithographen heute. Neben riesiger Arbeitslosigkeit steht in erheblichem Maße die Kurzarbeit, Heimarbeit und Privatlithographie suchen durch lange Arbeitszeit zu ersetzen, was am Preise für Lithographien fehlt und hilft dadurch extra noch mit, der Lithographie ein Garaus zu machen. Ein Viertel aller Lithographen ist arbeitslos, ein weiteres Viertel arbeitet verkürzt. Weitere Lithographen werden vom Berufe abgedrängt.

Über die Lage der Lithographen geben nachstehende Zahlen Aufschluß:

Städte	Erfafte Lithogr.	voll ar-beiten	verkürzt ar-beit.	arbeitslos sind	außer Beruf	Zus.
Berlin	459	203	106	150	?	459
Leipzig	569	295	70	109	95	569
Nürnberg	407	180	89	38	—	407
Dresden	206	111	21	56	18	206
Hamburg	90	38	5	23	24	90
Zus.:	1731	827	291	376	137	1731

Schreien solche Zahlen nicht grauenhaftes Elend in alle Welt hinaus? Nicht einmal der Hälfte der vorhandenen Arbeiter vermag der Beruf volle Beschäftigung zu geben. 1/6 der vorhandenen Lithographen arbeitet verkürzt und 1/5 davon ist arbeitslos. Wer einmal vom Flude der Arbeitslosigkeit erfaßt worden ist, der findet, fast nie wieder Gelegenheit, im Berufe unterzukommen. Ihm wird die Erkenntnis eingebläut, daß die Lithographie ein sterbender Beruf ist und er dazu verurteilt, als ungelerner Arbeiter irgendwo unterzutauhen. Es war einmal...

Es ist wirklich Zeit, höchste Zeit, daß diesen Zuständen gesteuert wird und die Lithographen sich aufraffen, hier mitzuhelfen. Es wäre aussichtsloses Beginnen, einfach mehr Arbeit zu fordern, um mehr Lithographen beschäftigten zu können, aber notwendig ist, die vorhandene Arbeit unter Verhältnissen herstellen zu lassen, wie sie der Tarif vorschreibt. Es ist endlich einmal festzulegen, was unter Privatlithographien verstanden werden soll, damit den Schmarozern am Leibe des Gewerbes endlich der Garaus gemacht werden kann. Die Steindruckerkollegen müssen mit größter Aufmerksamkeit beobachten, wo hergestellte Lithographien herkommen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt worden sind.

Ferner ist jede Zufuhr an weiteren Arbeitskräften zu unterbinden. Das Tarifamt muß, ähnlich wie im Lichtdruckgewerbe, die Neueinstellung von Lehrlingen kategorisch verbieten und das Verbot solange bestehen lassen, bis sich ein Ausgleich durchgesetzt hat. Es ist ein Verbrechen sondergleichen, einem Beruf neue Arbeitskräfte zuzuführen, von dem man bestimmt weiß, daß er diese Kräfte nicht tragen kann. Die Gehilfenschaft muß in alle Welt schreien, schreien und nochmals schreien, daß die Lithographie ein sterbender Beruf ist und daß es einmal war, daß die Lithographie ihren Mann trug. Niemand darf die Not, die ihn drückt, verheimlichen; allen muß er es sagen. Zwar geht der Nimbus dadurch verloren, aber es wird die Grundlage geschaffen, daß es auch von der schwärzesten Zeit der Lithographie heißt: Es war einmal. hr.

Die photomech. Fächer.

Neue Verhandlungen im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe.

Am 1. und 2. September tagte in Leipzig der Tarifausschuß für Chemigraphen und Kupferdrucker. Als letzte Tarifinstanz sollte er zu den Ablehnungen der Unternehmer vom 14. Juli, von uns berichtet in der »Graphischen Presse« Nr. 30 vom 23. Juli, Stellung nehmen.

Auch diese Verhandlungen verliefen ergebnislos.

Vor der Tagung des Tarifausschusses trat eine Kommission zusammen, die über eine anderweitige Entlohnung der Gehilfen und eine Nachprüfung der Preise der Preiskonvention beraten sollte. Es wurden zwei Referate erstattet. Zur Einführung eines neuen Lohnsystems legte Herr Römmler, Dresden, seine Grundsätze dar.

Das System des Herrn Römmler stellt eine Art Gewinnbeteiligung dar. Die Berechnung der geleisteten Arbeit erfolgte nach den Grundsätzen des Akkordsystems. Bei den Gehilfenvertretern fand der Gedanke der Akkordberechnung keine Anhänger, jedoch war man überzeugt, daß die bisherige Kurzarbeit oder Entlassung der Gehilfen auf die Dauer unerrätlich wird.

Völlig ablehnend standen die Unternehmer dem Römmlerschen System gegenüber. Nicht wegen der vorgesehenen Akkordberechnung, sondern weil sie den Gehilfen einen so weitgehenden Einblick in die Betriebe nicht geben wollen. Sie erkannten ganz richtig, daß in diesem System der Mitbestimmung an der Produktion durch die Gehilfen ein Aufgeben der bisherigen privatkapitalistischen Grundsätze enthalten ist.

Beide Vertragsparteien haben sich verpflichtet, die Sache ernstlich durcharbeiten und durchzudenken, um evtl. daraus neues und besseres zu formulieren.

französischen Botschafter vom Verlassen des englischen Bodens aufgefordert hatte, erklärte der Konvent den Krieg gegen Holland, England und Spanien. Geld für diese Kriegführung war jedoch nicht vorhanden, und so mußte man die Assignaten herausbringen, für die in Kirchengütern und Domänen Deckung gesucht wurde, denn neue Steuern waren unmöglich. Nicht minder auch Anleihen bei Geldmännern, die der Republik nichts borgen wollten, zumal eine Regierung, die dafür Garantien übernehmen konnte, nicht vorhanden war. Der Staat erklärte sich bereit, die Assignaten mit fünf Prozent zu verzinsen und gleich wieder beim Verkauf der Güter an Zahlungsstatt anzunehmen, um zu verhindern, daß sie in den Kleinverkehr übergingen. Niemand war anfangs verpflichtet, sie anzunehmen, auch sollten sie schon 1795 vernichtet werden. Trotzdem diese Maßregel anfangs Erfolg hatte, weil mit dem Revolutionspapiergeld der Staat die Forderungen seiner Gläubiger befriedigte, fiel doch, da die Steuereinnahmen ausblieben, der Kurs der Assignaten schnell. Im März 1794 auf 90 Prozent, im gleichen Jahr noch auf 77, von da ab immer weiter, bis endlich im März 1796 auf etwa ein Drittel Prozent stand. Auch Zwangskurse und Strafdekrete konnten das Mißtrauen gegen die Assignaten nicht bannen. Sie wurden die Ursache einer Staatskrise in Frankreich, denn die Waren schmolten ebenso in Preise empor, wie das Papiergeld im Kurse sank. Die Assignatenpest hörte erst mit der vollständigen Entwertung der Zettel auf. Das Papiergeld, dessen Tauschkraft sich lediglich auf den Kredit stützt, hat in normalen Zeiten ebenso als Geld fungiert wie das Warengeld, und deshalb konnte in der Kriegszeit prinzipiell kein Bedenken bestehen, den Mangel an Metallgeld durch Papiergeld zu heben, ganz besonders, wenn es sich um Anweisung auf kleine Beträge handelt,

die vorübergehend als Notgeld dienen sollten. In den früher besetzten Gebieten von Belgien und Nordfrankreich ist man wohl zuerst dazu übergegangen, den Mangel an Kleingeld durch Papiernotgeld zu ersetzen, das zum Teil recht originelle Formen aufwies. Diese Kleingeldscheine wurden von den einzelnen Stadtverwaltungen ausgegeben und sollten zumeist in kurzer Zeit oder erst nach Beendigung des Krieges zahlbar sein. Für die Einlösung übernahm die Gemeinde mit ihrem Vermögen die Bürgschaft. Doch dieses Papiergeld kann wohl Tauschmittel sein, aber niemals an sich Wertmaß besitzen. Ein solches hat es nur, solange es nichts anderes darstellt als eine jederzeit einlösbar Anweisung auf Metallgeld. Gleich diesem aber erhält das Papiergeld einen Monopolwert. Wenn aber Papiergeld in so ungeheuren Mengen hergestellt wird, verdient auch die Frage kurze Erwähnung, wie diese Art Papiergeld gegen Nachahmung geschützt ist. Es ist bekannt, daß das Nachahmen von Papiergeld — von Leuten ohne Feingefühl auf Fälschen genannt — im allgemeinen noch immer Aussicht auf Erfolg bietet, und es wird von unverantwortlichen Papiergeld-Ausgabenebenstellen wie von realen Geschäftsleuten oft lebhaft bedauert, daß Staatsanwalt und Gesetzgebung der Nachahmung solcher beliebten graphischen Kunst-erzeugnisse so viel Schwierigkeiten entgegenzusetzen. Ich meine noch nicht die lapidare Drohung des § 146 des Deutschen Reichs-Strafgesetzbuches: »... wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft«. Denn das trifft schließlich nur den brutalen Rechtsbrecher. Man kann vielmehr auch als wirklich nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft, von jedermann geachtet, von den Behörden geschützt, Banknotenfälscher sein. Da sind in erster Linie jene Reichsbeamten, die unter Anwendung einer schier ungläublichen Menge Fleiß

und Verstand tagaus, tagein sich bemühen, das, was andere Beamte als vermeintlich unnachahmlich geschaffen haben, so genau nachzumachen, daß der Urheber des Originals sein Werk nicht mehr von der Nachbildung unterscheiden kann. Es war auch in den Zeiten, da noch keine Papierknappheit herrschte und jeder Kaufmann Reklame nötig hatte, ein beliebtes Reklamemittel, jemandem scheinbar eine zusammengekniffene Banknote in die Hand zu drücken, die sich dann als Propaganda irgend einer Firma entpuppte, und kein Mensch wird in dieser der Reklame dienenden »Blüten«-Fabrikation etwas Unwirtschafliches sehen, sobald sich nur der Fabrikant von einem Verstoß gegen Abschnitt VIII R. St. G. fernhält. Ebenso kann man Ansichtskartenverfertiger, die einen Geldschein als Postkarte darstellen, die übliche bürgerliche Achtung nicht versagen. Und soweit wäre alles in schönster Ordnung, wenn nicht das Gesetz vom 9. Januar 1907, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie, bestände. Denn eine Banknote, ein Wertpapier, ist unzweifelhaft ein graphisches Erzeugnis, das auf Grund dieses Gesetzes Schutz gegen Nachbildung genießt. Es folgt daraus für die Wertpapiernachahmer die Nutzenwendung, daß nur solche Wertpapiere überhaupt das Nichtverstoßen gegen Abschnitt VIII R. St. G. vorausgesetzt — auf Grund des Urheberrechts nachgebildet werden dürfen, deren Zeichnung vor dem 1. Juli 1907 schon bekannt war. Ist das nicht der Fall, so können bei einer Nachbildung die Herausgeber der Wertpapiere als Rechtsnachfolger der Künstler, die die Entwürfe gefertigt haben, Strafantrag auf Grund des Kunstschutzes vom 9. Januar 1907 stellen. Für die Reklameblütenindustrie sind, da nur die freie Benutzung, nicht die abändernde Nachbildung zulässig ist, die nach 1907 ausgegebenen Geldscheine »tabu«.

TOTENLISTE

1920.

† Am 20. Februar in Braunschweig **Alois Guhra**, Steindrucker aus Leobschütz, 45 Jahre alt, an Darmkatarrh, krank 10 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Hannover am 8. September 1900.

† Am 6. April in Rheydt **Hermann Lennartz**, Steindrucker aus Rheydt, 65 Jahre alt, an Grippe, krank 7 Wochen. — Eingetreten in Rheydt am 15. Juni 1919.

† Am 14. Juni in Frankfurt a. M. **Wilhelm Söchtig**, Photograph aus Frankfurt a. M., 22 Jahre alt, an Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 30. Mai 1920.

† Am 30. Juni in Offenbach a. M. **Peter Kaiser**, Steindrucker aus Klein Steinheim, 46 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden (er ließ sich vom Eisenbahnzug überfahren). — Eingetreten in Hanau am 29. Februar 1920.

† Am 2. Juli in Leipzig **Emil Hartwig**, Steindrucker aus Leipzig-Neuschönefeld, 63 Jahre alt, an Schlaganfall, krank 1 Tag. — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1893.

† Am 12. Juli in Leipzig **Otto Piehler**, Nachschneider aus Leipzig, 66 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetreten in Leipzig am 3. Oktober 1902.

† Am 16. Juli in Berlin **Otto Obier**, Lithograph aus Berlin, 70 Jahre alt, an Schlaganfall. — Eingetreten in Berlin am 29. Juni 1919.

† Am 18. Juli in Breslau **Emil Fischer**, Steindrucker aus Breslau, 36 Jahre alt, an Herzmuskellähmung, krank 31 Wochen. — Eingetreten in Altwasser am 14. April 1902.

† Am 24. Juli in Berlin **Otto Weiser**, Chemigraph aus Gera, 33 Jahre alt, an Magengeschwüre, krank 1 Woche 4 Tage. — Eingetreten in Köln a. Rh. am 11. Februar 1906.

† Am 26. Juli in Leipzig **Conrad Friedrich**, Steindrucker aus Leipzig-Schönefeld, 67 Jahre alt, an Herzmuskelerkrankung, krank 3 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 10. November 1918.

† Am 28. Juli in Nürnberg **Julius Silberer**, Steindrucker aus Preßburg in Ungarn, langjähriger Vertrauensmann in Schwabach, 62 Jahre alt, an Herzschlag, krank 2 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Schwabach am 10. Februar 1896.

† Am 29. Juli in Leipzig **Richard Hering**, Chemigraph aus Schönefeld, 51 Jahre alt, an Lungentuberkulose, invalide seit 4. April 1920. — Eingetreten in Leipzig am 1. Januar 1904.

† Am 30. Juli in Breslau **Otto Lehnardt**, Steindrucker aus Breslau, 21 Jahre alt, an Gelenkrheumatismus und Blutvergiftung, krank 24 Wochen. — Eingetreten in Breslau am 16. Juni 1918.

† Am 30. Juli in Offenbach a. M. **Georg Geist**, Notenstecher aus Offenbach a. M., 22 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 5 Tage. — Eingetreten in Offenbach a. M. am 17. August 1919.

† Am 14. August in Halle a. S. **Richard Beugel**, Lithograph aus Manschatz bei Oschatz, 28 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 19 Wochen. — Eingetreten in Chemnitz am 2. Juli 1911.

Ehre ihrem Andenken!

Der Verbandsvorstand

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall, mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalleben (Ruinamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Verbandsvorstand.

ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinkätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten.
KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50
Fernruf: Moritzplatz 12289

Soeben erschienen!

Zu frohen Festen!

Vorsprüche und Lieder

von PAUL BARTHEL

Preis inkl. Porto 2,20 Mark, Nachnahme 55 Pfennig mehr.

Verlag von Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig
Postscheckkonto 15078



Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

bürgt für das Halten auf gestrichenen und ungestrichenen Papieren und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Auch bei Buntdruck hervorragende Wirkung erzielt.

Eine Probe überzeugt!
J. H. Wolff, G. m. b. H.
Deilmold.

Fachkundige Vertreter, auch ehem
Obermaschinenmeister überall
gesucht!

Heliogravuren

Kunstblätter u. Heli-
chroms in feinstem
Farbendruck, Blumen,
Landschaften und Figuren
empfiehlt

Fritz Pungs, Frankfurt a. M.,
Laubestraße 14.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.
Abbildungen und Preisliste gratis.

Suche sofort einen

Air Brush

(Rockford)

neu oder gebraucht, zu kaufen
v. Schick, Berlin, Müggelstr. 12 a.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstattausbildung.
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen**

Inserate

sind nicht an die Redaktion, sondern an die
Expedition, Conrad Müller, Scheuditz
bei Leipzig, Augustastraße 8 zu senden

Das zweite Referat des Herrn Grützmacher behandelte den bestehenden Preistarif für Klischees. Seine Ausführungen deckten sich in großen Teilen mit der Auffassung, die die Gehilfen zu wiederholten Malen im Tarifamt geäußert hatten. Die Anregungen laufen darauf hinaus, von der einheitlichen Quadratmeterberechnung zu einer solchen auf der Basis der Selbstkostenberechnung zu kommen. Als praktisches Ergebnis schlug die Kommission eine mäßige Herabsetzung der Preise vor, um die weitere Abwanderung besonders mehrfarbiger Arbeiten zu verhindern und auch den allgemeinen Auftragsbestand zu vermehren. Hierbei haben die Gehilfen wiederum die Frage erörtert, ob die Notwendigkeit eines Eintretens für die Preiskonvention ferner gegeben sein wird. Bei der Neuberatung des Tarifs wird jedenfalls diese Frage wieder aufgerollt werden und auch die Mitgliedschaften müssen bei der Stellung von Anträgen hierzu Stellung nehmen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in der Tarifausschußsitzung zuerst behandelt. Es wurde nochmals stundenlang über das Ergebnis der Kommissionsberatung debattiert und folgender Beschluß gefaßt:

Die Gehilfen hatten die Absicht, auf einen Abbau der Klischeepreise hinzuwirken, um dem Gewerbe wieder mehr Aufträge zuzuführen. Die Verhandlungen haben uns gezeigt, daß im Augenblick ein Preisabbau von 10 oder 15 Prozent die erhoffte Wirkung nicht haben kann. Wir verzichten deshalb auf Abstimmung des Kommissionsantrages.

Wir empfehlen, den Vorschlag des Herrn Römmler prinzipiell- und gehilfenseitig schnellstens einer Beratung in den einzelnen Kreisen zu unterziehen. Die Ergebnisse sind dem Tarifamt zu übermitteln. Ergeben die Kreisentscheidungen eine Ablehnung des Römmlerschen Vorschlages, so soll das Tarifamt sofort eine größere Kommission berufen, die den bestehenden Preistarif einer gründlichen Revision unterzieht. Dabei sollen die verschiedenen Anregungen der dreitägigen Verhandlungen Berücksichtigung finden.

Nach reiflicher Überlegung stimmten die Prinzipale dem Antrag zu und beantragten, den Geschäftsführer des Tarifamtes mit den nötigen Maßnahmen zu beauftragen.

Zur Durchführung des Organisationsvertrages verpflichteten sich die Gehilfenvertreter die Anerkennung des Tarifes auch in den nicht tariftreuen Anstalten durchzusetzen.

Zu dem Antrag der Unternehmer, die Teuerungszulage künftig dem Lohn entsprechend anteilig zu verrechnen, hatten die Gehilfenvertreter sich bereit erklärt Abstriche vorzunehmen, wenn dafür ein Entgegenkommen für eine allgemeine Lohnerhöhung zu erreichen gewesen wäre. Die Unternehmer beantragten aber einfach Abstimmung, und so blieb es bei dem bisherigen Zustand, daß die volle Teuerungszulage bei verkürzter Arbeitszeit weiterbezahlt werden muß. Das Gleiche vollzog sich bei der Entscheidung über den § 3a, Absatz 4 des Tarifvertrages, wonach die 20prozentige Erhöhung der Mindestlöhne als Teuerungszulage zu berechnen ist. Auch hier bleibt es dabei, daß die 20 Prozent als Teuerungszulage anzusehen sind.

Nach Stellung der Unternehmer bei diesen Punkten war es klar, daß es bei der Erörterung des Antrages des Verbandsvorstandes auf Gewährung eines Lohnausgleiches, der den derzeitigen Löhnen verwandter graphischer Berufe und dem Stand der heutigen Lebensverhältnisse entsprechend, zu keiner Verständigung kommen würde. Trotz einer eingehenden Begründung und der dringenden Mahnung ein Entgegenkommen zu zeigen, lehnten die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab.

Damit waren die Verhandlungen beendet. Was wir schon in Nr. 30 der »Graphischen Presse« sagten, gilt für die jetzige Situation noch vielmehr. Auch nachdem der Tarifausschuß einen den Wünschen der Gehilfen nicht entsprechenden Beschluß zustande gebracht hat, muß es erste Aufgabe der Gehilfenschaft sein, alle Handlungen auf ihre Folgen hin zu prüfen. Zentralkommission und Verbandsvorstand werden nach reiflicher Prüfung und Erwägung aller Umstände die Wege zu weisen versuchen, die einzuschlagen sind, die im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe noch mögliche Erhöhung der Löhne durchzusetzen.

Ortsberichte.

Leipzig, Chemigraphen. Im Anschluß an die in Leipzig tagende Tarifausschußsitzung referierte Kollege Haß, Berlin in der am 3. September abgehaltenen Versammlung über die gegenwärtige Lage unseres Berufes. Seinen Ausführungen entnahm man folgendes: Bei einer Arbeitslosenzahl von 318 Kollegen (davon 1/2 allein in Leipzig) und der so weit verzweigten Halbzeltarbeit sind die Chemigraphenverhältnisse keine rosigen. Da unser Gewerbe zu den lebenswichtigen Berufen nicht gezählt werden kann, so ist die Hoffnung auf eine gute Konjunktur solange aussichtslos, als die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht bessern. Aber auch die enorm hohen Papier-, Druck-, Klischee- und Verlegerpreise sind schuld, daß das Gewerbe einen derartigen Tiefstand zu verzeichnen hat. Und darauf haben unsere Kollegen in der Tarifausschußsitzung ganz besonders hingewiesen,

daß hier ein Abbau der Preise vorgenommen werden müsse, um vom Besteller größere Aufträge zu bekommen. Auch die in andere Berufe abgewanderten Arbeiten wollte man damit zurückgewinnen. Leider ohne Erfolg. Die Regierungen seien mehr denn je für unseren Beruf zu interessieren, indem sie Ausfuhrerleichterungen schaffen, niedrigere Portosätze für die Postkarte wieder einführen und auf ihre Riesengewinne aus Forsten und Wäldern verzichten. Ohne Umschweife und mit Bedauern gab Kollege Haß zu, daß die Verhandlungen in Leipzig für die einst am höchstbezahlteste Sparte im graphischen Gewerbe, trotz aller Bemühungen seitens unserer Vertreter, in allen Punkten ergebnislos waren. Zu großen Hoffnungen auf Lohnverbesserungen verstieg man sich nicht. Daß aber selbst für die verheirateten Kollegen, deren Familien bei der jetzigen Entlohnung ohne Zweifel zu Grunde gehen müssen, nicht das geringste, rein menschliche Entgegenkommen seitens der Unternehmer gezeigt wurde, das hatte man nicht erwartet. Den Prinzipalen liegen Preiskonvention und tariflicher Organisationszwang weit näher, als die Existenzmöglichkeit der Gehilfen. Kollege Haß empfiehlt, daß das Römmler'sche Akkordsystem, das den Kollegen eine höhere Verdienstmöglichkeit bringen sollte, nicht mit einem »undiskutabel« beiseite geschoben wird. In allen Kreisen soll diese Arbeitsweise durchdacht und aufs eingehendste geprüft werden. Dem Antrag der Prinzipale, den Lohn bei Kurzarbeit anteilig zu verrechnen, hätten unsere Vertreter zugestimmt, wenn die Gewähr gegeben wurde, daß damit weitere Arbeitslosigkeit unterbunden würde. Da dies nicht der Fall war, bleibt es beim bisherigen Zustand.

In der Diskussion wurde die Meinung vertreten, daß die Zeit vorüber sei, wo die Gewerkschaften die Existenz der Arbeiter sichern könne. Die Betriebsräte allein seien imstande, unsere wirtschaftliche Lage zu verbessern. Als weitere Notwendigkeit wurde der schnelle Zusammenschluß von Industrieverbänden gefordert. Den Unternehmerverbänden müssen gleichwertige straffe Organisationen gegenüber stehen. Die Schlichtungsausschüsse zur Erlangung einer Lohnforderung anzurufen, steht man skeptisch gegenüber. Das Römmler'sche System einzuführen, wurde an Hand einer Statistik für ganz unmöglich gehalten. k. r.



Photogr. Mitarbeiter.

Beginnender Preisabbau.

Auch das Photographiegewerbe hat unter den aus den allgemeinen Verhältnissen herausgewachsenen Preisgestaltungen außerordentlich zu leiden. Edelmetalle, sämtliche Chemikalien sowie Rohstoffe haben einen ungeahnt hohen Preisstand erklommen, der den Papierpreisen in wenig, in den meisten Fällen gar nichts nachsteht. Die Steigerung der Arbeitslöhne, die dem übergroßen Teile der Gehilfenschaft noch nicht einmal das Existenzminimum geben, nehmen sich gegenüber den horrend gesteigerten Preisen für alle photographischen Artikel wie Zwerge aus und können deshalb erst zuletzt als Ursache für den Tiefstand des Photographiegewerbes angesehen werden.

Der wesentlichste Grund für die verhältnismäßige miese Lage, besonders der Porträtfotographie, ist die außerordentlich geringe Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung. Mögen auch nach der Wucherpreisverordnung Photographien allgemein als Gegenstände des täglichen Bedarfs angesehen werden, im Haushalt des kleinen Mannes bilden sie einen Luxus, den man sich erst gestattet, wenn alle anderen Bedürfnisse des täglichen Lebens befriedigt sind. Und da die Mehrzahl aller im Photographiegewerbe Beschäftigten auf den Konsum der Masse des Volkes angewiesen ist, teilt sie das Schicksal mit allen jenen Gewerben, die ebenfalls Luxusgewerbe im Konsum der Massen ihre Grundlage finden.

Erst wenn die Kaufkraft der großen Masse des Volkes eine wesentliche Steigerung erfahren hat, dürfte auch für das Photographiegewerbe die gegenwärtige Krise als überwunden zu betrachten sein. Diese Steigerung der Kaufkraft aber läßt sich nur durch eine Senkung der Warenpreise herbeiführen, nicht, wie von Kreisen der Unternehmer und sonstigen Leuten, die ihr Lebtage noch nichts mit produktiver Arbeit zu tun hatten, behauptet wird, durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Die Notwendigkeit des Abbaues der Preise besonders für Rohmaterialien gewinnt jetzt auch in Kreisen, die diesem Prinzip noch vor kurzem abhold waren, immer mehr Anhänger und die Praxis hat schon einige Beispiele des Preisabbaues gebracht.

In ähnlicher Weise scheint sich jetzt auch ein Preisabbau der Artikel für das Photographiegewerbe anzubahnen. In einem Bericht über die Lage der deutschen Trockenplattenindustrie ist zu lesen, daß sich die Lage gegen die vergangenen Monate noch nicht gebessert hat. Zwar war Silber etwas billiger geworden, was jedoch auf die Preisgestaltung ohne Einfluß blieb, da die Fabrikanten zum Teil ihre teuer eingekauften Vorräte aufbrauchen mußten, dann aber auch, weil bereits nach kurzer Zeit erneut eine Preissteigerung einsetzte. In den

letzten Tagen haben die Glasfabrikanten sich bereit gefunden, die Glaspreise etwas abzubauen. Wenn man berücksichtigt, daß ihre Gestehungskosten nicht nur nicht geringer geworden sind, sondern sogar weiter angezogen haben, und daß die Preisermäßigung im ganzen eine erhebliche Summe ausmacht, so wird man das Entgegenkommen der Glasfabrikanten anerkennen müssen. Die im Verein Deutscher Trockenplattenfabrikanten zusammengeschlossene Firmen werden nach kurzer Zeit auch ihrerseits eine Neuregelung der Plattenpreise vornehmen. Der Preisnachlaß für Glas macht sich jedoch bei dem Tendenzpreis für Platten nicht in dem Maße bemerkbar, daß der Verbraucher einen besonderen Vorteil hätte. Deshalb haben die Trockenplattenfabrikanten sich entschlossen, die Plattenpreise noch weiter abzubauen, als es die Verbilligung des Glases an sich gestatten würde. Die Plattenfabrikanten wollen durch dieses Entgegenkommen versuchen, den Wünschen der Abnehmer so weit als möglich Rechnung zu tragen und auch den Absatz zu fördern. Vielleicht gelingt es auch, durch die Herabsetzung der Preise das Auslandsgeschäft zu beleben. Zur zweckmäßigen Regelung des gesamten Auslandsgeschäftes werden die führenden Trockenplattenfirmen aller Länder Ende September 1920 in Haag zusammenkommen, um über die einschlägigen Fragen zu beraten.

Fügt man dem noch hinzu, daß auch in der Papierpreisgestaltung eine kleine, wenn auch nicht besonders merklige Senkung eintreten soll, dann sind doch Aussichten dafür gegeben, daß die bisher immer höher kletternden Preise den Abstieg beginnen. Das wichtigste daran ist jedoch, daß man mit dem Preisabbau beginnt und die Forderung auf Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit fallen läßt. Können sich die Unternehmer im Photographiegewerbe dazu aufschwingen, ihre Produktion so produktiv wie nur irgend möglich zu gestalten und durch reichstärklich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen ein gutes Zusammenarbeiten zwischen Gehilfen und Unternehmern schaffen, dann wird auch die jetzt im Gewerbe immer noch gut in Blüte stehende Schmutzkonkurrenz bald beseitigt sein und mit Hilfe des Abbaues der Preise für alle Materialien das Gewerbe in die Lage kommen, wieder existieren zu können.



Feuilleton.

Papiergeld-Blüten.

Von Fritz Hansen.

In jetziger Zeit kennen wir in Deutschland nicht mehr das Geld, diese »der Sonne geraubte Träne«, durch unsere Hände gleiten nur Stücke Papier, die zerrissen, zerknittert, das unentbehrliche Geld darstellen. Denn unentbehrlich ist es als Tauschmittel auch für den Kommunisten. Und wenn bei den Kosten des Weltkrieges mit Zahlen gerechnet werden mußte, die geradezu märchenhaft sind, so ist jetzt nach Beendigung des gewaltigen Völkerkriegs der Geldbedarf der Länder keineswegs geringer geworden, und mehr als je haben die Notenpressen Arbeit, um den Mangel an Metallgeld durch Schaffung von Papiergeld zu ersetzen, in dem man ebenso gut Geld sehen muß, wie dasjenige vorstellt, das eine wertvolle körperliche Substanz umschließt. Denn die Tauschkraft des Papiergeldes und der demselben beigelegte Wert hängt tatsächlich in erster Linie ab vom Kredit desjenigen, der es in Umlauf setzt. Ein fast wertloses Stück Papier Währungsfunktion ausüben zu lassen, war schon im Altertum bekannt. Die Kiazonenier schafften, wie August Boeckh erzählt, als sie ihren Mietsoldaten 20 Talente Gold schuldig waren, die sie nicht bezahlen konnten, für 20 Talente eisernes Geld, dem sie willkürlich Silberwert beileigten.

Papiergeld, Banknoten, hatten schon die babylonischen Banken, die bereits im 6. Jahrhundert vor Chr. unter dem Namen »hudo« Bankbills kannten, die an dem Vorzeigenden zur Auszahlung gelangten und den Wert baren Geldes vorstellten. Die moderne Banknote ist allerdings jüngerer Datums, da ihr Ursprung in den Depositenbanken zu suchen ist, die im 12. bis 15. Jahrhundert in Italien und dann auch in den übrigen Ländern errichtet wurden. Zu Anfang nur Depositenscheine ohne Depot, wurden die Bankzettel allmählich an Stelle des Geldes selbständiges Umlaufmittel, das den Gebrauch von barem Geld ersetzte. Im Laufe des 18. Jahrhunderts verwandelten sich die Notenbanken in Fabriken von Staatspapiergeld und wurden als solche fast überall von Mißgeschick betroffen. Erst allmählich konnte man das Vorurteil gegen Papiergeld im allgemeinen wieder beseitigen.

Daß Kriege ganz besonders zur Zunahme des Papiergeldes beitragen, ist bei dem in Kriegszeit herrschenden Geldbedarf erklärlich. Die Geschichte lehrt aber auch, daß gerade in Kriegzeiten der Wert des Papiergeldes, je nach dem Kredit des Ausgebenden, außerordentlichen Schwankungen unterliegt. Das beste Beispiel dafür sind die französischen Assignaten, von denen am 1. Februar 1793 der Konvent der ersten französischen Republik 800 Millionen Franks ausgab, um seiner Finanzklammer abzuheilen. Denn nachdem Ludwig XVI. auf dem Schafott geendet hatte und England den